

# aktuell am Sonntag

## Mindestens 24 Tote bei Felssturz in Ägypten

Bei einem Felssturz sind riesige Gesteinsbrocken auf eine Elendssiedlung südlich von Kairo gefallen. Dabei kamen am Samstag mindestens 24 Personen ums Leben, etwa 35 wurden verletzt. Die herabstürzenden Felsen mit einem Gewicht von 60 bis 70 Tonnen hatten sich von den Klippen der Mukattam-Hügel gelöst, unter denen das Elendsviertel Manschijet Nasr liegt. Rund 50 Behausungen wurden zerstört. Zahlreiche Personen wurden noch unter den Geröllmassen vermutet, wie die Sicherheitskräfte mitteilten. Die Bewohner wurden am frühen Morgen im Schlaf von dem Felssturz überrascht. Es dauerte lange, bis die Rettungskräfte eintrafen, so dass die Leute zunächst mit blossen Händen nach möglichen Opfern suchten. Dies steigerte den ohnehin weitverbreiteten



Die verschüttete Siedlung. (Reuters)

Unmut über die ägyptischen Behörden. Als Ursache für den Felssturz wurde ein mangelndes Abwassersystem der Siedlungen angeführt, die auf dem Plateau über den Klippen stehen. Dort oben werde das Abwasser schlicht zu den Felsen geleitet, die dadurch zerfressen würden, sagte ein Lokalreporter. (ap)

## Mehr als 500 Tote nach Hurrikanen in Haiti

Zwei Hurrikane innerhalb einer Woche haben in Haiti mehr als 500 Menschenleben gefordert. 600 000 Personen benötigten dringend Soforthilfe, teilte die Uno am Samstag in Genf mit. Michael Kühn, Koordinator der Deutschen Welthungerhilfe in Haiti, berichtete der «NZZ am Sonntag» von einer «angespannten bis verheerenden Lage». Im ganzen Land seien Strassen und Brücken zerstört und viele Ortschaften von der Aussenwelt abgeschnitten. Kühn geht davon aus, dass noch weitere Opfer bekannt werden.

«Die bereits vorliegenden Daten lassen Schlimmstes befürchten», sagte er. Das Rote Kreuz und andere Hilfsorganisationen riefen zu Spenden auf. Derweil treffen seit Freitag Hilfslieferungen des Uno-Welternährungsprogramms, der USA und internationaler Hilfswerke ein. Auch



Auf der Suche nach Trinkwasser. (AP)

die Schweiz und die EU sicherten Nothilfe zu. Am Dienstag hatte der Hurrikan «Hanna» den Norden Haitis unvorbereitet getroffen. Zu diesem Zeitpunkt waren laut Kühn die Notvorräte im Land bereits aufgebraucht, denn eine Woche zuvor hatte der Hurrikan «Gustav» den Süden der Insel heimgesucht.

Besonders stark betroffen ist die überschwemmte Küstenstadt Gonaïves. Dort fanden die Behörden am Freitag 495 Leichen in den Schlammmassen. Die 350 000 Einwohner harren ohne Trinkwasser und Lebensmittel aus. Tausende versuchen, schwimmend aus der Stadt zu entkommen. Bereits steuert der nächste Hurrikan, «Ike», auf die Karibik zu. Kühn sagt: «Man kann nur hoffen, dass der nächste Hurrikan nicht auch noch trifft.» Matthias Knecht, Mexiko-Stadt

## USA planen Rettung für Hypothekarmarkt

Die Regierung Bush will die trudelnden Hypothekenfirmen Fannie Mae und Freddie Mac unter Staatskontrolle bringen. Noch dieses Wochenende soll ein Plan dazu vorliegen.

Gerd Brüggemann, Washington

In einer der grössten Interventionen in der amerikanischen Finanzgeschichte will die Regierung Bush die beiden Hypothekenfirmen Fannie Mae und Freddie Mac unter staatliche Kontrolle bringen. Die beiden Unternehmen haben die schwere Kreditkrise in den USA zwar nicht verursacht, stehen aber im Zentrum der Probleme. Denn sie sind nach schweren Verlusten ihrer Verpflichtung, rund die Hälfte aller Wohnhypotheken in den USA in einem Volumen von rund 12 Billionen Dollar zu garantieren, kaum noch gewachsen.

Eine Zahlungsunfähigkeit der beiden Institutionen würde die schwierige Lage der amerikanischen Wirtschaft, die seit Ende letzten Jahres anhält, weiter verschärfen. Um dies zu verhindern, ist im amerikanischen Finanzministerium ein Rettungsplan erarbeitet worden, der noch dieses Wochenende veröffentlicht werden soll. Einzelheiten sind noch nicht bekannt. Es ist aber durchgesickert, dass Finanzminister Henry Paulson und Fed-Chef Ben Bernanke die Vorstandsvorsitzenden der beiden Institute am Freitag in separaten Gesprächen davon unterrichtet haben, dass sie sowie die jeweiligen Verwaltungsräte entlassen werden.

Dem Vernehmen nach ist nicht vorgesehen, die beiden Gesellschaften zu nationalisieren; sie sollen vielmehr unter staatlicher Aufsicht restrukturiert und rekapitalisiert werden. Das Vermögen ist von mehr als 100 Mil-

liarden Dollar noch vor wenigen Monaten bereits auf 10 Milliarden Dollar geschrumpft. Es wird angenommen, dass auch dieser Rest weitgehend verloren gehen wird. Dagegen sollen die Schuldverschreibungen der Gesellschaften, die sich zum Teil in den Portfolios ausländischer Staaten und Zentralbanken befinden, und ihre Hypothekengarantien in voller Höhe vom Staat, also vom amerikanischen Steuerzahler, verbürgt werden.

Die US-Regierung erwartet offensichtlich, dass durch eine Stabilisierung der beiden Gesellschaften ein weiterer Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten vermieden und im Finanzsystem wieder so etwas wie Ordnung geschaffen werden kann. Es wird angenommen, dass die vorgesehenen Massnahmen einen Rückgang

### Geldgeber Swiss Re

Die Swiss Re hält Schuldpapiere von Fannie und Freddie von 9,4 Milliarden Dollar. Gefährdet sind nur die nachrangigen Anleihen von 0,2 Milliarden.

der Hypothekenzinsen bewirken und so positive Auswirkungen im angeschlagenen Immobilienmarkt haben werden.

Die Aufgabe von Fannie Mae und Freddie Mac war es bisher, Hypotheken aufzukaufen, zu garantieren und so den Erwerb von Wohnimmobilien zu erleichtern. Unklar ist noch, wie sie diese Aufgabe nach der Restrukturierung wahrnehmen sollen. Es ist aber zu erwarten, dass die Regierung nicht wieder die bisherige hybride Struktur wählen wird. Sie hat wesentlich zu den Problemen beigetragen, denn sie erlaubte den Vorständen von Fannie Mae und Freddie Mac, die Gewinne durch Zahlung hoher Managergehälter und Ausschüttung von Dividenden zu privatisieren, die Risiken und Verluste dagegen den Steuerzahlern aufzubürden und damit zu sozialisieren.



König Mswati III. schreitet nach seiner Ankunft im Somhlolo-Stadion eine Ehrengarde ab. (Siphiwe Sibeko/Reuters)

## Swasiland feiert

Der letzte absolute Monarch Afrikas liebt es pompös

Jean-Pierre Kapp, Kapstadt

Der 40-jährige König Mswati III. von Swasiland liebt das Leben und den Luxus und macht daraus kein Hehl. Zur Feier seines Geburtstages und des 40. Jahrestages der Unabhängigkeit seines kleinen Königreiches von Grossbritannien lud der letzte absolute Monarch des Schwarzen Kontinentes am Samstag Staatsoberhäupter und Regierungschefs aus ganz Afrika zu einem rauschenden Fest im Stadion der Hauptstadt Mbabane ein. Zehntausende von jungen Frauen tanzten für den Monarchen, der zu dem Anlass im traditionellen Leopardenfell und offenen BMW erschienen war. Unter den geladenen Gästen befanden sich unter an-

deren auch Simbabwe Diktator Robert Mugabe, der bei seinem Eintreffen mit einem grossen Applaus geehrt wurde.

Doch anders als in früheren Jahren war die diesmalige Feier für den jungen Monarchen, der sein Land wie sein Privateigentum verwaltet, nicht nur von Glückwünschen und Huldigungen willfähriger Beamter und Verwandter begleitet. Es kam auch zu Protestkundgebungen der Gewerkschaften und Demonstrationen HIV-positiver Frauen, die sich an der Verschwendungssucht ihres Monarchen stören. Lauthals forderten sie mehr Mittel zur Bekämpfung der Aids-Epidemie und eine Demokratisierung des Landes. In Swasiland sind politische Parteien noch immer nicht zu Wahlen zugelast-

en. Für besonderen Unmut hatte vor den Feiern ein Shopping-Trip von mehreren der 13 Ehefrauen Mswatis gesorgt, die sich im Nahen Osten mit Geburtstagsgeschenken eindeckten. Auch die Anschaffung einer ganzen neuen Flotte von Luxuskarossen für den Festakt hatte für herbe Kritik gesorgt.

Im kleinen Swasiland leben zwei Drittel der Bevölkerung in bitterer Armut. Das Königreich hat die höchste HIV-Rate der Welt. Über 33,4 Prozent der erwachsenen Bevölkerung im Alter von 15 bis 49 Jahren sind Träger des HI-Virus. Den offiziellen Angaben, wonach für die Feiern 2,5 Millionen Dollar ausgegeben worden sind, traut niemand. Oppositionskreise gehen von einem Vielfachen dieser Zahl aus.

## Die EU bleibt gegenüber Moskau fest

Die EU-Aussenminister haben die gemeinsame Position im Georgien-Konflikt gefestigt. Sie sind sich allerdings uneins, wie die Ukraine zu behandeln ist.

Daniel Saameli, Avignon

Die 27 EU-Aussenminister stärken Ratspräsident Nicolas Sarkozy den Rücken: An einem Treffen in Avignon haben sie am Samstag die einheitliche Haltung der EU im Kaukasus-Konflikt bekräftigt. Der französische Präsident reist morgen Montag nach Moskau, um Russland zur Umsetzung des Sechspunkteplans zu bewegen. Die EU fordert insbesondere den Abzug der russischen Truppen aus dem georgischen Kernland. «Wir setzen alles daran, den Dialog mit Russland aufrechtzuerhalten», sagte der französische Aussen-



Frankreichs Aussenminister Bernard Kouchner am Samstag in Avignon. (AP)

minister Bernard Kouchner vor den Medien. Der Zeitpunkt für Sanktionen sei noch nicht gekommen.

Die Aussenminister gaben auch grünes Licht für eine Beobachtermission in Georgien. Der EU-Chefdiplomat Javier Solana möchte 200 Mann entsenden. Im Übrigen unterstützt die EU den wirtschaftlichen Wiederaufbau Georgiens mit 15 Millionen Euro und organisiert eine Geberkonferenz. Des Weiteren soll in Kürze ein EU-Sonderbeauftragter für den Kaukasus ernannt werden. Schliesslich begrüssten die 27 Minister einen türkischen Vorschlag für eine regionale Stabilisierungskonferenz und beschlossen eine Untersuchung des Kriegs. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa soll entsprechende Informationen liefern.

Der europäische Schulterschluss in Sachen Georgien hat sich in Avignon

also weiter gefestigt. In der Frage anderer möglicher Konflikte in der östlichen Nachbarschaft traten jedoch deutliche Meinungsverschiedenheiten zutage. Bereits am kommenden Dienstag steht der EU-Ukraine-Gipfel an. Die neuen EU-Staaten in Mittelosteuropa und im Baltikum fordern eine konkrete Beitrittsaussicht für die Ukraine. «Jedes europäische Land, das die Beitrittskriterien erfüllt, muss aufgenommen werden», sagte Estlands Aussenminister Urmas Paet. Die EU-Gründerstaaten urmen aber ab. Sie möchten der Ukraine nur eine engere Anbindung anbieten. «Wir dürfen nicht mehr versprechen, als wir halten können», meinte etwa Luxemburgs Aussenminister Jean Asselborn. EU-Aussenkommissarin Benita Ferrero-Waldner sprach sich immerhin dafür aus, den Aufbau der geplanten «Ost-Partnerschaft» zu beschleunigen.

ANZEIGE

### Rehabilitation



KLINIK SCHLOSS MAMMERN

Akutupital für Innere Medizin mit integrierter Rehabilitation

Tel. +41 52 742 11 11

Fax +41 52 742 16 11

8265 Mammern, Thurgau

mail@klinik-schloss-mammern.ch

www.klinik-schloss-mammern.ch

www.swissleadinghospitals.ch